

**Weisung
des Stadtrates an den Gemeinderat**

**Dringliche Motion der AL-Fraktion betreffend
Soziale Dienste, Erhöhung des Stellenetats und
Postulat der AL-Fraktion vom 14. Januar 2008,
Sozialhilfe, Schaffung zusätzlicher Stellen für Sozial-
arbeitende, Bericht und Antrag auf Abschreibung**

Am 8. Mai 2006 reichte die AL-Fraktion folgende Motion, GR Nr. 2006/158, ein:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine kreditschaffende Weisung zur Erhöhung des Stellenetats bei den Sozialen Diensten vorzulegen, mit der bis Ende 2006 sichergestellt wird, dass die Zahl der in den Quartierteams betreuten Fälle im Jahresmittel 100 pro Vollzeit arbeitenden Mitarbeitenden nicht mehr überschreitet.

Begründung

Seit Jahren nimmt die Zahl und die Komplexität der Fälle zu, welche SozialarbeiterInnen in den Fachbereichen Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe und vormundschaftliche Mandate führen. Die Ansprüche professioneller Sozialer Arbeit können unter diesen Umständen nicht mehr in jedem Fall erfüllt werden. Wie die in den Medien diskutierten Fälle zeigen, ist ein wirkungsvolles fachliches und finanzielles Fallcontrolling kaum mehr zu leisten. Auftrag der Sozialen Arbeit ist es, soziale Probleme zu lindern und zu lösen. Führen SozialarbeiterInnen 150 Fälle und haben dabei kaum mehr als zwei persönliche Kontakte pro Jahr, kann von einer wirkungsvollen Beratung mit dem Ziel der Stabilisierung und Fallablösung keine Rede sein. Verwaltete Fälle verursachen laufende hohe Kosten, Eskalationen (siehe «Hotelfall») lassen diese noch einmal in die Höhe schnellen.

Die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags des Kinderschutzes ist heute in Frage gestellt. Dass nicht mehr passiert (siehe «Spanienfall»), ist auch hier den sich aufopfernden SozialarbeiterInnen zu verdanken; und dem Glück. Nur sind Aufopferung und Glück keine Kategorien professioneller Tätigkeit und halten beide nicht ewig. Die geforderte Erhöhung des Stellenplans hingegen ist nachhaltig: sie schont Humanressourcen und spart Kosten durch Prävention und angemessene Intervention.

Mit Beschluss Nummer 151 erklärte der Gemeinderat am 17. Mai 2006 die Motion als dringlich und überwies sie mit Beschluss Nummer 315 am 21. Juni 2006 dem Stadtrat zum Antrag.

Am 14. Januar 2008 reichte die AL-Fraktion folgendes Postulat, GR Nr. 2008/13, ein:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob mit der ersten Serie der Zusatzkredite 2008 die Erhöhung der Zahl der in den Quartierteams angestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beantragt werden soll, damit die Fallzahl pro Sozialarbeiterin und Sozialarbeiter in den Quartierteams bis Ende 2008 deutlich reduzieren werden kann.

Begründung

Der «Bericht der GPK über die Prozesse und das Qualitätssicherungssystem sowie allfällige Missbräuche» hat nochmals bestätigt, dass die Mitarbeitenden der Zürcher Sozialzentren überlastet sind und zu viele Fälle pro Sozialarbeiterin bearbeiten müssen. Im sensiblen Bereich der Sozialarbeit und Sozialhilfe sind die Folgen von Zeitmangel und Überlastung zur Bearbeitung der anstehenden

henden Fälle besonders gravierend. Fehlende Zeit für Beratung und Abklärungen kann zur negativen Entwicklung eines Falles beitragen, die Folgekosten steigen. Auch Missbrauch von Seiten der KlientenInnen kann durch Zeitmangel begünstigt werden. Der Vergleich im obgenannten Bericht mit den Städten Winterthur und Luzern bestätigt, dass die Fallzahlen pro Sozialarbeiterin in den Sozialzentren der Stadt Zürich zu hoch sind.

Mit der ersten Serie der Zusatzkredite 2006 sind vorher temporär in den Quartierteams eingesetzte Personen durch 21 Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter ersetzt worden. Die Fallzahl pro Sozialarbeiterin in den Quartierteams lag damals im Schnitt bei 130. In einzelnen Quartierteams lag diese Fallzahl wegen regionalen Unterschieden und krankheitsbedingten Absenzen (Burnout) sogar über 150. In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der Sozialhilfefälle nur unwesentlich gesunken. Der Stadtrat hat seit Jahren keine zusätzlichen Sozialarbeiter-Stellen für den Einsatz in den Quartierteams beantragt. Aufgrund der Zahlen aus dem Jahr 2006 müssen in den Quartierteams rund 30 zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter angestellt werden, um die Zahl der Fälle pro Sozialarbeitern auf die hohe Zahl von 100 senken zu senken.

Um die von der GPK festgestellten Mängel beheben zu können müssen Massnahmen zur Senkung der Fallzahl unverzüglich an die Hand genommen werden.

Mit Beschluss Nummer 3153 überwies der Gemeinderat am 4. Juni 2008 das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung.

Bericht

Die Führung der Sozialen Dienste hat in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen wie beispielsweise die Verlagerung von kaufmännischen Aufgaben der Fallführung zur Sachbearbeitung, die Schaffung zusätzlicher Stellen, die einheitliche Definition von Prozessen und die Einführung von Funktionsprofilen getroffen, um die steigenden Fallzahlen bewältigen zu können. Das rasante Fallwachstum konnte trotz der eingeleiteten Massnahmen nicht ohne Abstriche in der Intensität des Fallmanagements bewältigt werden. Die Mitarbeitenden mussten einen immer grösseren Arbeitseinsatz leisten, da die Ansprüche sowohl quantitativ als auch qualitativ stark stiegen.

In Anlehnung an die Sozialhilfeverordnung (SHV) des Kantons Bern vom 24. Oktober 2004, die einen Richtwert von 100 kumulierten Fällen pro Stellenwert Soziale Arbeit festlegte, hat der Stadtrat per Juli 2008 22 Stellen Soziale Arbeit dringlich bewilligt. Weitere 20 Stellen hat der Gemeinderat im Rahmen der Zusatzkredite II. Serie 2008 per Dezember 2008 genehmigt.

Mit den neu geschaffenen Stellen Soziale Arbeit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um ressourcenrelevante Mehrleistungen zu erledigen, so wie sie von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) in ihrem Bericht vom 8. Januar 2008 empfohlen wurden. Dadurch können Sozialarbeitende ihre Aufgaben in allen Bereichen (Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe und vormundschaftliche Mandate) wieder auf professionellere Art und Weise wahrnehmen. Prävention und angemessene Intervention sind damit gerade auch im Bereich des Kinderschutzes gewährleistet. Diese zusätzlichen Ressourcen ermöglichen zudem eine Konzentration auf die nachhaltige soziale und berufliche Integration der Sozialhilfebeziehenden und durch vermehrte, spezifische Fallkontrollen und Fallrevisionen eine Minimierung der Missbräuche.

Aktuell – also im Sommer 2009 – beläuft sich das Verhältnis von kumulierten Fällen pro Stellenwert Soziale Arbeit auf knapp unter 100. Die wesentlichen Forderungen der dringlichen Motion und des Postulates sind erfüllt und sie können deshalb abgeschrieben werden.

Dem Gemeinderat wird beantragt:

- 1. Die Motion, GR Nr. 2006/158, der AL-Fraktion vom 8. Mai 2006, Soziale Dienste, Erhöhung des Stellenetats, wird als erledigt abgeschrieben.**
- 2. Das Postulat, GR Nr. 2008/13, der AL-Fraktion vom 14. Januar 2008, Sozialhilfe, Schaffung zusätzlicher Stellen für Sozialarbeitende, wird als erledigt abgeschrieben.**

Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Im Namen des Stadtrates

die Stadtpräsidentin

Corine Mauch

der Stadtschreiber

Dr. André Kuy